

die Brücke

WEINGARTEN
(BADEN)

SPD

Jahrgang 34 | September 2021 | Nr. 45

Soziale Politik für Dich.

Mit Ihrer Stimme kann in Deutschland etwas Neues beginnen – mit Mehrheiten jenseits von CDU/CSU! Ich will Ihr nächster Kanzler werden und bin überzeugt, dass gerade jetzt die SPD die Partei ist, die für Aufbruch und Modernisierung steht.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir in den vergangenen Jahren in der Regierung viel erreicht: die Abschaffung des Soli für fast alle, die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, die Grundrente und ein weitreichendes Klimaschutzgesetz. Aber wir können noch viel mehr erreichen, denn vieles dauerte zu lang, vieles wurde von CDU/CSU blockiert.

Uns geht es um Respekt vor Arbeits- und Lebensleistungen. Wir erleben eine Zunahme unsicherer Arbeitsverträge und niedriger Löhne. Gerade deshalb brauchen wir einen Mindestlohn von 12 Euro, der zehn Millionen Angestellten eine Lohnerhöhung bringt – außerdem mehr Tarifbindung und starke Betriebsräte.

Es geht um einen Klimaschutz, der Arbeitsplätze sichert und neue schafft – und um eine zweite industrielle



Revolution: 250 Jahre setzte unsere Industrie auf Kohle, Erdöl und Erdgas. Nun wollen wir innerhalb von knapp 25 Jahren auf Erneuerbare Energien umstellen, um klimaneutral zu wirtschaften. Wir brauchen deshalb ein Jahrzehnt der Investitionen in die Energieerzeugung, in moderne Verkehrskonzepte und in den Wohnungsbau.

Und es geht um ein starkes und souveränes Europa. Wie Krisenbewältigung gehen kann, das hat die Europäische Union mit ihrer gemeinsamen Antwort auf die Corona-Krise eindrucksvoll bewiesen. Anders als in der Finanzkrise ist Europa nicht auseinandergedriftet, sondern steht zusammen.

Es geht um unser Land. Meine Kanzlerkandidatur verbinde ich deshalb mit dem Versprechen, diese drei Themen kraftvoll anzupacken. Es braucht Erfahrung, Kompetenz und einen Plan, was dafür zu tun ist. Dafür stehe ich.

Am 26. September entscheiden Sie, wer die Zukunftsregierung stellt, die unseren Wohlstand auch noch in 20 und 30 Jahren sichert. Die SPD und ich sind bereit, sie zu führen. Für Sie, für Ihre Kinder, für Deutschland.

Ihr

Foto Peter Hönnemann

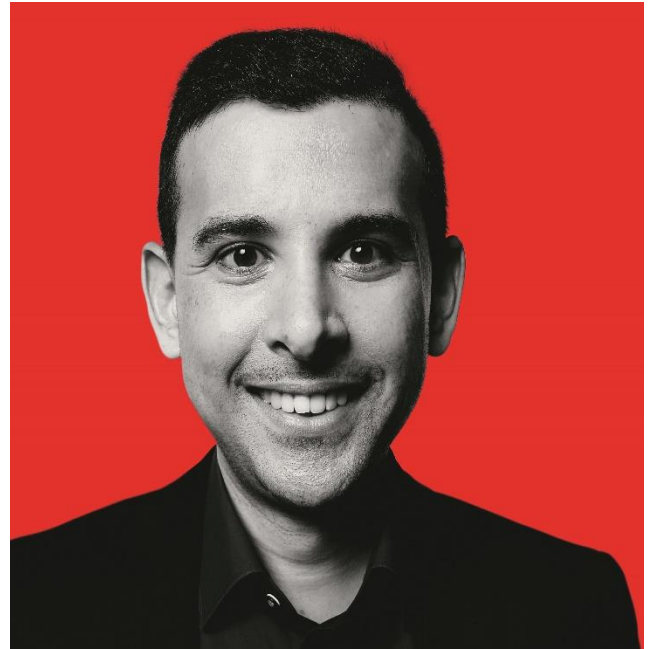
Aus Respekt vor unserer Zukunft.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

als Sohn einer Thailänderin und eines Deutschen habe ich leider in meiner Jugendzeit nicht nur lernen müssen, dass man durch einen Migrationshintergrund abgestempelt wird, sondern auch erlebt was Mobbing bedeutet. Und trotzdem habe ich es niemals als Last empfunden in mir zwei Kulturen zu vereinen, im Gegenteil.

Wohlbehütet aufgewachsen lernte ich auch die Heimat meiner Mutter kennen, ein Land, das gerade uns Deutschen so vertraut erscheint, aber seine himmelsschreienden Gegensätze und Ungerechtigkeiten mich dort sicher in die Verzweiflung getrieben hätten. Nein, man lernt trotz aller Probleme die wir haben, unser Land zu schätzen und dankbar dafür zu sein, in der Bundesrepublik Deutschland aufwachsen zu dürfen.

Durch meinen Vater kam ich auch zur Sozialdemokratie. Und auch wenn ich einiges zu kritisieren hatte was die SPD betraf, so spürte ich schnell, dass ich dort meine politische Heimat gefunden habe. Tatsächlich war sie es auch, die mir bei meinem Coming Out geholfen und vor wenigen Jahren die Möglichkeit gegeben hat den Mann zu heiraten, den ich liebe. Es sind die demokratischen Parteien, die uns ermöglichen unser Leben in selbstbestimmter Freiheit zu leben und jede*r hat die Möglichkeit beim politischen Entscheidungsprozess teilzuhaben. Ich glaube, ich bin ein gutes Beispiel hierfür. Durch meine Arbeit bei der Deutschen Rentenversicherung ist mir die Sozialpolitik sehr ans Herz gewachsen. Auch wenn ich persönlich in meinem bisherigen Leben keine Erfahrungen mit sozialer



Ausgrenzung, fehlenden Perspektiven und Hoffnungslosigkeit machen musste, so habe ich bei meiner alltäglichen Arbeit oft mit Menschen zu tun, die sich darauf verlassen müssen, dass unser soziales Netz dicht genug ist, damit sie nicht durchfallen. Oft merke ich aber auch, wie löchrig dieses Netz mittlerweile geworden ist.

Die politischen Ziele, für die ich vor vier Jahren gekämpft habe, sind für mich aktueller denn je. Auch in diesem Wahlkampf ist für mich der Einsatz für soziale Gerechtigkeit daher das Maß aller Dinge.

In den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts entscheidet sich, welche Rolle Deutschland und Europa in der Welt spielen werden. Mit unseren Zukunftsmissionen und Olaf Scholz im Kanzleramt werden wir jetzt die Schalter umlegen – für die Zukunft unserer Kinder, unserer Enkel, der Menschen, die jetzt auf sichere Arbeit und eine gute Ausbildung hoffen, vom Verreisen, von Familie oder der bezahlbaren Eigentumswohnung träumen.

Für Respekt und Würde im Alter haben wir bereits viel erkämpft: Wir haben gegen die CDU die Grundrente durchgesetzt und werden das Rentenniveau auch in Zukunft stabil halten. Aber

Leistungen lassen sich nicht ausschließlich in Geld aufwiegen. Ebenso gehören verlässlich gute Pflege und eine altersgerechte Infrastruktur, auch im ländlichen Raum, zu einem wohlverdienten Lebensabend. Dafür bauen wir in Deutschland das modernste Mobilitätssystem Europas und führen die Bürgerversicherung ein – für solidarische, hochmoderne medizinische Versorgung und Pflege.

Wir finden: Deutschland muss bis 2045 klimaneutral werden. Auf dem Weg dahin erhalten wir nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unsere innovative Wirtschaft und unseren Wohlstand, gerade hier in Baden-Württemberg, und schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze. Respekt für die Arbeitsleistung von allen Menschen treibt uns an, für höhere Löhne durch 12 € Mindestlohn zu sorgen. Aus Respekt vor den Leistungen aller Familien in dieser Pandemie wollen wir diese noch weiter entlasten. Wir wollen gute und gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Meister und Master. Mit dem neuen Kindergeld soll kein Kind in Deutschland mehr arm sein – weder an Geld noch an Chancen. Unsere Zukunftsmissionen sind ambitioniert –

aber notwendig. Und machbar. Vor allem, weil wir mit Olaf Scholz einen erfahrenen, kompetenten Kanzlerkandidaten haben, der nicht nur während der Pandemie bewiesen hat, dass er mit Weitsicht und Kompetenz zukunftsweisend und entschlossen handelt. Das Kurzarbeitergeld rettete 2,2 Mio. deutsche Arbeitsplätze, das europäische Corona-Konjunkturpaket ist jetzt schon eine historische Investition in die Zukunft. Auch Ihre Stimme für mich, Ihrem Kandidaten in Ihrem Wahlkreis Karlsruhe-Land und die SPD bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 ist eine Investition in die Zukunft. Eine erfolgreiche, klimaneutrale und sozial gerechte Zukunft für 83 Millionen.

Schenken Sie mir Ihr Vertrauen und geben Sie mir mit Ihrer Stimme die Chance, gute Politik zu machen.

Geben Sie Karlsruhe-Land eine #sozialstarke Stimme in Berlin!

Freundliche Grüße,

Patrick Diebold

www.patrick-diebold.spd.de

Weingarten als Standort für internationale Unternehmenstätigkeit und für erlesene Badische Weine

SPD-Wahlkampftour durch den Wahlbezirk Karlsruhe-Land macht Station in Weingarten

Sascha Binder, MdL und zugleich Generalsekretär der SPD BW sowie der SPD-Kandidat für die Bundestagswahl (Karlsruhe-Land) Patrick Diebold besuchten am Mittwoch, 11.08.2021 den Hauptsitz des in mehr als 30 Ländern mit Niederlassungen und Vertriebspartnern präsenten Unternehmens Geggus GmbH in der Höhefeldstraße in Weingarten. Begleitet wurden sie vom Fraktionsvorsitzenden der SPD im Gemeinderat, Wolfgang Wehowsky und SPD-Vorstandsmitglied Steffen Glöckle. Hochwertige und handgefertigte Eingangsmattensysteme

dieses Weingartener Traditionsunternehmens verleihen dem örtlichen Gewerbe eine positive Ausstrahlung weit über unsere Region hinaus. Die mit zahlreichen Awards ausgezeichnete Firma (u. a. Blauer Engel) beliefert über ihre Vertriebsstätten die Kunden in Europa und Asien. Besonderen Wert legt Geggus GmbH auf die Barrierefreiheit ihrer Produkte sowie die auf Kundenwunsch

produzierten Sonderanfertigungen. Einzelaufträge in ausgewählten Sparten vergibt die Firma u. a. an Werkstätten für behinderte Menschen und unterstützt damit die Arbeit in den Behinderteneinrichtungen. Die von Geggus GmbH speziell entwickelten taktilen und visuellen Leitsysteme vermitteln u. a. eine gute Orientierungshilfe für blinde und sehingeschränkte Menschen. Damit wird eine gleichberechtigte Teilhabe dieser Personen in der Gesellschaft gefördert.



Von links nach rechts: Steffen Glöckle, Patrick Diebold, Kai Geggus, Sascha Binder, Wolfgang Wehowsky

Im Gespräch mit Geschäftsführer Kai Geggus ging es nicht nur um die Firmengeschichte (2022 wird Geggus GmbH 75 Jahre alt), sondern auch um die Zukunft des Traditionsunternehmens. Im Vordergrund stehen dabei aus Firmensicht eine zukunftsgerechte verkehrsmäßige Anbindung des Unternehmens. Dabei betont Kai Geggus, dass künftig neben dem bestehenden Gewerbepark in der Höhefeldstraße auf dem Gelände der früheren Firma Trautwein ein neues Wohnquartier mit über 100 Wohneinheiten entstehen soll. Dies bedarf einer umsichtigen Erschließungsplanung, mit der LKW-Anfahrten ins Gewerbegebiet weiter zulässig bleiben.

Die Geggus GmbH bezieht den benötigten Strom für die Produktion größtenteils aus der eigenen Photovoltaikanlage, die auf der Südseite der Oberlichter der Hallendächer installiert wurde und somit herausragend in das Gesamterscheinungsbild der Vorzeigefirma passt. Insoweit leistet das Familienunternehmen zur

klimafreundlichen CO₂-Reduzierung schon heute einen wichtigen Beitrag.

Zum Abschluss der Gespräche brachte Kai Geggus seine Hoffnung zum Ausdruck, dass seitens der Politik - unabhängig von gegensätzlichen Vorstellungen - an einer Förderung der mittelständischen, eigentümergeführten Betriebsstruktur zukünftig festgehalten werde.

Der letzte Termin des Vorortbesuchs von Sacha Binder, MdL und Patrick Diebold war dem Weingartener Wein gewidmet. Nicht umsonst ist Weingarten auch ein wichtiger Anlaufpunkt an der Badischen Weinstraße. Geschäftsführer Frank Gauss von der hiesigen Weinmanufaktur informierte über die historische Entwicklung des Weinbaus in Weingarten und führte die Delegation durch die modernen Produktionsanlagen der früheren Winzergenossenschaft.



Geschäftsführer Frank Gauss (zweiter von links)

Durch die wirtschaftlich notwendige Fusion mit der WG Schliengen konnte der Weingartener Wein in seiner Sortenreinheit erhalten werden. Neben Edelstahl tanks sind im Keller auch viele Eichenholz-Fässer (deutsche Eiche) für den Barriqueausbau zu finden. Bei einer kleinen Verkostung konnten sich die Gäste von der exzellenten Qualität des neuen Cremants überzeugen, der jetzt seit kurzem neu auf dem Markt ist.

SPD setzt auf stärkeren sozialen Wohnungsbau.

Einer der wesentlichen Schwerpunkte der SPD im Zukunftsprogramm für die diesjährige Bundestagswahl ist „Bezahlbares Wohnen“. Dafür haben sowohl der Bund als auch die Länder und die Kommunen die entsprechenden Grundlagen für eine Umsetzung zu schaffen.

In Weingarten sind wir hier schon einen Schritt weiter und konnten bereits am 14.12.2020 im Gemeinderat einstimmig baulandpolitische Grundsätze zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum verabschieden. Dabei steht insbesondere *„die Schaffung von preiswerten Wohnungen für Menschen, die sich selbst nur schwer mit angemessenem Wohnraum versorgen können, im Vordergrund.“*

Folgende Anforderungen sind für künftige Wohnungsbauprojekte, bei der Baurecht für mehr als 800 qm Geschossfläche oder mehr als 8 Wohneinheiten neu entsteht, zu beachten:

- Mindestens 25 Prozent der Wohnfläche sind als sozialgebundene Mietwohnungen auszugestalten,
- Bei weiteren 25 Prozent der Wohnfläche kann der Vorhabenträger frei wählen, ob er weitere sozialgebundene Mietwohnungen erstellt oder ob er sich für den Verkauf als gefördertes selbstgenutztes Wohneigentum nach dem Landeswohnungsbau-Förderungsgesetz entscheidet.

Damit gehören insgesamt **50 Prozent** der Wohnfläche zum geförderten Wohneigentum bzw. sozialgebundenen Mietwohnungen und die übrigen 50 Prozent zu frei finanziertem Wohnraum.

Wo kommen diese Grundsätze nun zur Anwendung? Beispielhaft können dafür die Wohnungsbauprojekte am Ulmenplatz (Waldbrücke) und auf dem früheren Schlimm-Gelände (Ringstraße) genannt werden. Natürlich werden sie auch bei einer künftigen Quartiersentwicklung, wie z. B. auf dem Gelände

der früheren Holzbaufirma Trautwein maßgebend sein.



ehemaliges Schlimm-Gelände

Eine Wohnung zu finden, wird in vielen Lagen zu einer immer größeren Herausforderung – selbst mit mittlerem Einkommen.

Vergessen sollte man aber auf keinen Fall all diejenigen Personen, die sich bei einem unterdurchschnittlichen Einkommen selbst neue geförderte Wohnbauprojekte nicht leisten können. Auch in Weingarten ist Wohnraum sehr knapp geworden, sodass man eine sinnvolle Unterstützung für sozial schwache Menschen neu denken muss. Zudem kann eine Wohnsitzlosigkeit auch Familien treffen, denen die Wohnung z. B. wegen einer Modernisierung gekündigt wird und die auf dem teuer gewordenen Wohnungsmarkt keine für ihre Verhältnisse bezahlbare Mietwohnung mehr finden können. Und gerade hier – wie es der Zufall so will - tut sich in Weingarten eine weitere Chance auf, kostengünstigen Wohnraum bis zu 77 qm Wohnfläche anzubieten.

Umwidmung einer Gemeinschaftsunterkunft in der Jöhlinger Straße

Die an der Jöhlinger Straße errichteten beiden Gebäude (Hausnummer 112/1+2) wurden im Zuge der Flüchtlingskrise von Seiten der Gemeinde errichtet und als Gemeinschaftsunterkunft bzw. zur Anschlussunterbringung genutzt. Aktuell werden die

vorhandenen Räumlichkeiten nur noch temporär als Übergangslösungen für einzelne Personen genutzt. Der Raumbedarf für diese Inanspruchnahme kann aktuell an anderen Standorten ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Nun ist die Entscheidung zu treffen, ob und inwieweit eines der Gebäude mit einem Umbau in 14 Mietwohnungen mit Wohnungsgrößen zwischen ca. 50 und 77 m² umgestaltet werden kann. Diese Maßnahme war bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2021 mit voraussichtlichen Investitionskosten von 570 TSD. € berücksichtigt worden.

Die kritische finanzielle Situation der Gemeinde hat nun innerhalb des Gemeinderates zu neuen Überlegungen, z. B. auch hinsichtlich eines Verkaufs der Immobilie geführt.

365€ Jahresticket.

Die Diskussionen über die Bewältigung des Klimawandels nehmen Fahrt auf. Kaum ein Interview kommt ohne die Frage aus, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Gleichzeitig wird der Begriff des Klimawandels immer weniger abstrakt und ist für viele Menschen mittlerweile erfahrbar. Die Häufung von Naturkatastrophen sind, wie die Bundeskanzlerin im Kontext der Hochwasser vom Juli bemerkte, ein Teil dieser weltweiten Veränderung.¹

Durch Fahrverbote für bestimmte Dieselaautos wurde in Städten wie Stuttgart die Mobilität eingeschränkt. Denn das Auto ist für viele Menschen nach wie vor das wichtigste Verkehrsmittel.

Ein Wandel in der Mobilität ist demnach unausweichlich. Der Verkehr auf der Straße muss deutlich reduziert werden. Dies kann zu einer erhöhten Lebensqualität führen, die gleichzeitige Mobilitätseinschränkung muss dennoch aufgefangen werden.

Der öffentliche Personennahverkehr ist hierfür ein zentrales Element. Entsprechend attraktiv sollte er

SPD-Fraktion und Vorstand unterstützen nachdrücklich die Absicht der Verwaltung, hier kostengünstigen Wohnraum u. a. für einkommensschwache Familien oder z. B. für alleinstehende – bzw. alleinerziehende Personen zu schaffen. Dabei sollte geprüft werden, ob und inwieweit unsere Wohnungsbaugenossenschaft bei diesem Vorhaben beteiligt werden kann.

Gegen einen möglichen Verkauf beider Gebäudeteile an einen privaten Investor sprechen darüber hinaus die notwendige Vorhaltung von Flüchtlingsunterkünften im zweiten Gebäude und die Tatsache, dass aufgrund der gemeinsamen Heizanlage kein einzelner Verkauf möglich sein wird.

Wolfgang Wehowsky

gestaltet werden. Ein wichtiger Punkt dabei sind die Fahrtkosten. Denn niedrige Preise stellen einen wirksamen Anreiz dar. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Die Fahrpreise steigen. Auch beim Karlsruher Verkehrsverbund wurden im Jahr 2021 die Tarife erneut erhöht. Die günstigste Jahreskarte für zwei Waben kostet 708 €. Ab sieben Waben beträgt der Preis sogar 1920 Euro.² Gestaltet man so Anreize?

Ein 365€ Jahresticket würde dieser Entwicklung Einhalt gebieten. 1 Euro am Tag – und im ganzen Verkehrsverbund fahren. Die unübersichtliche Wabenregelung würde als Hemmschwelle ebenfalls entfallen. Sowohl Straßen- und S-Bahnen als auch Busse wären für alle eine echte, preisgünstige Alternative.

Das Beispiel Wien zeigt, dass dieses Modell von der Bevölkerung angenommen wird. Es sind mittlerweile mehr Bürger Inhaber eines Jahrestickets als es angemeldete Kraftfahrzeuge in der Stadt gibt.³

Ein solches Jahresticket ist daher ein wirksames Instrument, um Anreize zum Umstieg zu setzen

und so einen Teil zum weltweiten Kampf gegen den Klimawandel beizutragen.

Vielfach wird von Verkehrsverbänden eingewandt, dass nicht der Preis, sondern Takt, Fahrzeiten, Netzanbindung und die Nähe zur Haltestelle die zentralen Fragen seien. Doch spielen die steigenden Fahrpreise wirklich eine so untergeordnete Rolle?

An den vier Adventssamstagen 2019 war die Nutzung des ÖPNV im Karlsruher Stadtgebiet kostenlos. Es kam zu einem hohen Verkehrsaufkommen, die Verantwortlichen sprachen von einem vollen Erfolg. Der innerstädtische Autoverkehr wurde reduziert, der Einzelhandel erfreute sich an einem hohen Besucheraufkommen.⁴

Es lässt sich feststellen: Durch die richtigen Anreize lassen sich die Menschen zum Umstieg bewegen.

Es wäre jedoch zu kurz gedacht, sich nur auf die Fahrpreise zu konzentrieren.

Denn gleichzeitig muss weiter in den ÖPNV investiert werden, um Verbindungen auszubauen, den Fahrplankontakt enger zu gestalten. Busse und Bahnen müssen auch hier im Karlsruher Einzugsbereich zu echten Alternativen werden, sodass sie problemlos genutzt werden können. Egal wo man sich befindet und zu welcher Uhrzeit.

Für Weingarten sind durch den Ausbau des Bahnhofs auf eine Bahnsteiglänge von drei

Zugeneinheiten und der sich anbahnenden Anbindung der S3 in diesen Punkten große Fortschritte zu verzeichnen.

Richtigerweise wurde auf dem SPD-Kreistag, der das 365€-Ticket ins Programm aufnahm, festgestellt:

Es geht nicht um Preis **oder** Qualität, sondern um Preis **und** Qualität.

Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass auch Bayerns Ministerpräsident Söder die Idee eines solchen Tickets aufgegriffen hat.⁵

Dennoch wäre uns allen ein großer Gefallen getan, wenn nach Ramsauer, Dobrindt und Scheuer ein kompetenter Minister die bundesweite Umsetzung des 365€ Jahrestickets übernehmen würde. Die CSU könnte dann die Auswahl ihrer Verkehrsminister in der Opposition in Ruhe überdenken.

Lukas Armbruster

¹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/hochwasser-katastrophe-angela-merkel-in-der-eifel-eingetroffen-a-490cf803-c71a-473e-bd8d-2adda4674b65>, zuletzt aufgerufen am 08.08.2021.

² <https://www.kvv.de/fahrkarten/fahrkarten-preise/pendler-abonnenten/jahreskarte.html>, zuletzt aufgerufen am 08.08.2021.

³ <https://www.nzz.ch/zuerich/corine-mauch-michael-mueller-und-michael-ludwig-im-gespraech-ld.1493976>, zuletzt aufgerufen am 08.08.2021.

⁴ <https://meinka.de/starke-nachfrage-bei-advents-freifahrten-in-karlsruhe/>, zuletzt aufgerufen am 08.08.2021.

⁵ <https://www.csu.de/aktuell/meldungen/oktober-2019/weg-frei-fuer-das-365-euro-ticket/>, zuletzt aufgerufen am 08.08.2021

Gibt es in Zukunft genügend Kindergartenplätze?

Diese Frage drängt sich speziell in Weingarten auf, da durch die „Stadtflucht“ junger Familien den Betreuungsbedarf erheblich steigen wird.

Die Pandemie lehrt, dass die Betreuung der Kinder unmittelbar am Wohnort in mehrerlei Hinsicht die beste Option ist.

Betreuungen bei nicht wohnortnahen Einrichtungen oder sogar beim Arbeitgeber, falls angeboten, erhöhen das Risiko der Ausbreitung von ansteckenden Krankheiten (von Covid-19 bis zur Kopflaus).

Zusätzlich sorgt die Digitalisierung und der damit verbunden Anstieg am sogenannten „Mobilen Arbeiten“ dafür, dass der klassische Weg zur Arbeit in seiner Regelmäßigkeit wegfällt. Somit ist eine Betreuung am Wohnort unablässig.

Wie reagiert die Verwaltung auf diese geänderten Rahmenbedingungen?

Nicht ausreichend! Dies liegt hauptsächlich an der Anwendung von unpassenden Berechnungsschlüsseln.

In der Beschlussvorlage des Gemeinderat vom 12.02.2021 „Vorstellung der aktuellen Bedarfsplanung und Festlegung des Weiteren Verfahrens“ wird der Berechnungsschlüssel des KVJS (Kommunalverband für Jugend und Soziales Ba-Wü) angewendet.

Dieser Berechnungsschlüssel sieht 2,9 Einwohner (EW) pro Wohneinheit (WE) vor, davon sind 6,8 % im Kindergartenalter (3-6 Jahre). Jeder Haushalt/Wohneinheit hat somit statistisch 0,2 Kindergartenkinder, oder anders ausgedrückt: auf 5 Wohneinheiten kommt ein Kindergartenplatz.

Für die klassische Gemeindeplanung wäre dies sicher ausreichend, betrachtet man aber das jüngst dazugekommene Neubaugebiet „Moorblick“ lebt in jedem dritten Haushalt mindestens ein Kindergartenkind.



Kindergarten in der Kanalstraße

Die sonstigen Betreuungsangebote bis hin zu den Schulen, sind ähnlich betroffen und gelten als genauso kritisch.

Diese Diskrepanz zwischen Planung und Wirklichkeit wird beim weiteren Erschließen von „Neubaugebieten“ zu erheblichen gesellschaftlichen Spannung sorgen. Denn die Familien/ Paare, welche viel Geld für Grundstücke an die Gemeinde gezahlt haben, dürfen dafür zu Recht entsprechende Leistungen erwarten.

In diesem ureigenen sozialdemokratischen Thema: „Gleiche Bildung für alle“ müssen wir liefern. Am Ende geht es um das Wichtigste: Unsere Kinder!

Steffen Glöckle

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Weingarten
Redaktion: Wolfgang Wehowsky, Uwe Presler
Redaktionsanschrift: Uwe Presler, Ricarda-Huch-Str. 11

www.spd-weingarten-baden.de
www.facebook.com/SPDWeingartenBaden/

Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Autoren verantwortlich.

Copyright Text und Bild liegt beim Ortsverein sowie der SPD Deutschland,

**Fotos: Raphael Posselt
SPD-Weingarten-Baden**